



© Foto Bundesregierung / Volker Schneider

Liebe Parteifreunde,

mit seinen Äußerungen zum Islam hat Horst Seehofer eine breite Debatte losgetreten. Diese zu führen ist richtig und wichtig. Auch die CSU im Bundestag leistet hierzu ihren Beitrag.

Am Mittwoch gab die Kanzlerin ihre erste Regierungserklärung ab und skizzierte ihr Programm für diese Legislaturperiode. Alexander Dobrindt setzte im Zuge der Generalausprache im Deutschen Bundestag bayerische Akzente.

Diese Woche stellten die neuen CSU-Bundesminister zudem erstmalig ihre Projekte und Leitlinien vor. Die Reden der christsozialen Minister lassen auf kluge Sachpolitik und neue Schwerpunkte schließen. Vor allem im Infrastruktursektor wurde deutlich, dass fast jeder zweite Euro an investiven Mittel in diesen Bereich fließen. Zudem bekam ich zahlreichen Besuch aus dem Wahlkreis Landshut-Kelheim in Berlin.

Am Donnerstag standen sicherheitspolitische Themen auf der Agenda. Die Einsätze in Afghanistan und im Irak gelten als die wichtigsten der Bundeswehr. Mit den Stimmen der CSU weitete der Bundestag beide Missionen aus.



Nach Putins Wiederwahl hoffen wir auf eine konstruktivere Haltung des Kreml. Deutschland müsse für eine Deeskalation bereit ein.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr Florian Oßner MdB

Islam-Debatte

Die Mehrheit der Deutschen steht in der Islam-Debatte hinter der CSU



© picture alliance / Axel Heimken / dpa

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat mit seinen Äußerungen zum Islam eine wichtige Debatte angestoßen und formuliert, was eine überwältigende Mehrheit der Deutschen denkt.



Der Maulkorb spaltet

Die Islam-Debatte offen und ohne Denkverbote zu führen, ist richtig und notwendig. Kritische Äußerungen, wonach die Islam-Debatte die Gesellschaft spalte, gehen in die falsche Richtung. Wer ausspricht, was die Menschen in unserem Land denken und bewegen, der spaltet nicht, der führt zusammen.

Christliche Werte sind der Kern unserer freien Gesellschaft

Deutschland ist ein christliches Land. Unsere Traditionen, unsere Kultur, unsere Werte und unsere Rechtsordnung sind christlich geprägt. Der christliche Bezug bildet den Kern unserer freien Gesellschaft. Wenn Menschen unterschiedlicher Religion und Herkunft in unserem Land frei leben können und wollen, dann wird das durch unsere christlichen Werte überhaupt erst ermöglicht. Sie sind auch die Voraussetzung für gelingende Integration, denn wer integrieren will, muss auch wissen, wohin er integrieren will. Wir integrieren in das Grundgesetz und unsere christlich-abendländische Wertegemeinschaft.

Das Grundgesetz und die Scharia sind unvereinbar

Die rechts- und verfassungstreuen Muslime, die bei uns leben, gehören deshalb selbstverständlich zu uns. Der Islam und seine in der Scharia dargelegten Normen jedoch nicht. Sie sind in weiten Teilen mit unseren Werten und unserer Rechtsordnung nicht vereinbar. Beispielsweise kennt die Scharia keine Unantastbarkeit der Würde des Menschen und der körperlichen Unversehrtheit, keine Religionsfreiheit im universellen Sinne und keine Gleichberechtigung von Mann und Frau. Aufgrund der Durchdringung aller Bereiche des täglichen Lebens mit den Geboten der Scharia gibt es im Grunde keine säkularen, von der Religion abgekoppelten Bereiche.

Klare Absage an Radikalisierungs-Moscheen

Wir wollen deshalb unter anderem den Einfluss aus dem Ausland auf Moscheen deutlich verringern. Wir fordern, die Finanzierung und Organisationsstrukturen offenzulegen. Außerdem wollen wir künftig mehr Imame in Deutschland ausbilden, die ihre Predigten in deutscher Sprache halten sollen. Zusätzlich fordern wir einen Einreisestopp für Imame aus dem Ausland, die nicht zweifelsfrei auf dem Boden unserer Verfassung stehen. Radikalisierungs-Moscheen, in denen Hass und Gewalt gepredigt werden oder die als Treffpunkt für Salafisten oder Gefährder dienen, wollen wir konsequent schließen.



Regierungserklärung

Wir brauchen in Europa einen wirksamen Schutz unserer Außengrenze



© picture alliance / Armin Weigel / dpa

Gestern skizzierte die Kanzlerin die Projekte der neuen Bundesregierung im Zuge ihrer Regierungserklärung. Alexander Dobrindt stellte die inhaltlichen Schwerpunkte der CSU-Landesgruppe in dieser Legislaturperiode vor.

Die Flüchtlingskrise darf sich nicht wiederholen

„Deutschland, das sind wir alle“, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung. In dieser Woche wurde der Fahrplan der neuen Bundesregierung im Plenum vorgestellt und diskutiert. Die Kanzlerin stellte klar: Deutschland sei derzeit ein gespaltenes Land. Die großen Herausforderungen der letzten Jahre wie die Flüchtlingskrise und die Instabilität der europäischen Währung haben unser Land „in beispielloser Weise gefordert“. Viele Bürger sind tief verunsichert, die Gesellschaft ist gespalten. Am Ende der Legislaturperiode werde sich ihre Regierung daran messen lassen müssen, ob dieser Zusammenhalt gestärkt worden sei, erklärte Merkel. Hierzu bedarf es einer problemorientierten Politik. Unter anderem wolle man in dieser Legislaturperiode



Familien deutlich entlasten, in Bildung investieren und die Zuwanderung klar begrenzen. Die Flüchtlingskrise darf sich nicht wiederholen.

Antworten auf die Fragen unserer Zeit

In der Generalaussprache im Anschluss an die Regierungserklärung der Kanzlerin sprach Landesgruppenchef Alexander Dobrindt für die Christsozialen. Zu Beginn seiner Rede sprach Dobrindt über den Rahmen, in welchem die neue Bundesregierung operiert. Die internationale Lage ist durch Krisen gezeichnet. Auch national warten enorme Herausforderungen auf die Koalition. Dobrindt stellte jedoch klar, dass der Koalitionsvertrag Antworten auf die Fragen unserer Zeit liefert und in vielen Bereichen auch ein Signal des Aufbruchs ist.

Außengrenzen schützen! Binnengrenzen kontrollieren!

Als ersten Schwerpunkt der Regierungsarbeit nannte Dobrindt Europa. Der Kontinent hat sich in den letzten Jahren zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Viele Debatten zu Europa waren nach innen gerichtet, Entwicklungen außerhalb der Europäischen Union wurden nicht oder zu spät wahrgenommen. Auch ist die „ever closer union“ nicht die Antwort auf alle Fragen des Kontinents. Stattdessen müssen die Länder Europas sachbezogen nach Lösungsansätzen suchen. Vor allem die Sicherung der europäischen Außengrenze ist eine Kernaufgabe der nächsten Zeit. Dobrindt erklärte hierzu wörtlich: „Wir brauchen in Europa endlich einen wirksamen Schutz unserer Außengrenze. Bis dahin führen wir die Binnengrenzkontrolle fort.“ Gleichzeitig muss Schleppern das Handwerk gelegt werden.

Mehr Verantwortung übernehmen

Dobrindt will zudem, dass Deutschland und Europa ihre wirtschaftspolitischen Interessen stärker artikulieren und einfordern. Daneben müsse Deutschland international weiterhin ein verlässlicher Partner bleiben, auch sicherheitspolitisch. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe stellte daher klar, dass Deutschland bereit ist, auf europäischer und NATO-Ebene mehr Verantwortung zu übernehmen. Dobrindt bekannte sich zudem zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO, welches gewährleistet, dass die Bundeswehr adäquat ausgestattet ist. Anschuldigungen der Linkspartei, wonach es sich hierbei um Aufrüstung handle, wies er energisch zurück.

Mehr Debatte wagen

Alexander Dobrindt nahm in seiner Rede auch Bezug auf die aktuelle Islam-Debatte und forderte ein, wieder mehr über Grundlegendes zu diskutieren. Gerade der Bundestag müsse wieder mehr Debatte wagen. Dobrindt fuhr fort, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland wolle, dass das Land ein christlich geprägtes Land bleibe. Die CSU ist die Stimme dieser Menschen. Auch muss man denjenigen, die nach Deutschland kommen, klar sagen, wohin sie sich überhaupt integrieren sollen und wofür



diese Gesellschaft steht. Hierzu bedarf es Abgrenzungen und Einschränkungen. Der Islam gehört nicht zu Deutschland.

Regierungserklärungen

Christsoziale Politik für Deutschland



© picture alliance / Kay Nietfeld / dpa

Diese Woche stellten die Bundesminister im Bundestag erstmalig ihre Projekte und Leitlinien vor. Die Reden der christsozialen Minister lassen auf neue Akzente und kluge Sachpolitik schließen.

Die Digitalisierung energisch vorantreiben

Am Mittwoch, im Anschluss an die Regierungserklärung der Kanzlerin, sprach sich Dorothee Bär (CSU), Staatsministerin für Digitalisierung für einen digitalen Aufbruch der deutschen Gesellschaft aus. Dazu müsse sich in den Köpfen der Menschen etwas ändern, sagte Bär in ihrer Rede. Sie beklagte, dass beim Thema eine gewisse Skepsis vorherrsche. Deshalb müssen staatliche Institutionen selbst mit gutem Beispiel vorangehen. So verlangte Bär eine Digitalisierung der Behörden und Verwaltungen auf allen Ebenen. Sie



appellierte an alle Fraktionen: „Jeder muss Digitalisierung als seine größte Aufgabe sehen.“ Die Staatsministerin im Kanzleramt warnte jedoch auch vor einer Spaltung zwischen denen, die von der Digitalisierung profitieren und denen, die diesen Schritt nicht gehen können oder wollen. Diese Spaltung zu verhindern ist Bär ein zentrales Anliegen.

Marshallplan für Afrika

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) wies in seiner Rede am Mittwochabend auf den vollkommen neuen Stellenwert der Entwicklungspolitik hin. Deutschland übernehme Verantwortung in der Welt, und das mit einem vernetzten Handlungsansatz, der sowohl die Außen- als auch die Sicherheits- und Entwicklungspolitik umfasst. Denn: „Lösen wir die Probleme nicht vor Ort, kommen die Menschen zu uns.“ Der Minister kündigte an, dass er in dieser Wahlperiode unter anderem den Entwicklungshaushalt verstärken und mittels Gesetz neue Rahmenbedingungen für private Investitionen in Entwicklungsländern schaffen werde. Eine gewaltige Aufgabe, so Müller, sei die Bekämpfung von Fluchtursachen. Ein zentrales Projekt ist deshalb der „Marshallplan mit Afrika“. Insgesamt seien in der Entwicklungspolitik bereits viele große Erfolge zu verzeichnen, stellte Müller fest. So habe man in den letzten 30 Jahren eine Halbierung des Hungers in der Welt erzielt. Ebola, Cholera sowie viele andere Epidemien konnte man ganz und Aids nahezu stoppen. „Nutzen wir unser Wissen, dann können wir die großen Herausforderungen lösen“, sagte der CSU-Minister.

Keine Dieselfahrverbote

Andreas Scheuer (CSU) setzte in seiner ersten Rede als Verkehrsministers inhaltlich die Linie seines Vorgängers Alexander Dobrindt fort. Scheuers Motto sei daher: „Keine Panik und keine Verbote, sondern Anreize und Maßnahmen.“ Der neue Verkehrsminister sprach sich damit gegen die blaue Plakette und Diesel-Fahrverbote aus. Stattdessen sollen Anreize und Fördermittel für eine bessere Luftqualität in den Städten sorgen. Andreas Scheuer sagte, dass mit einer neuen Förderrichtlinie 28.000 Diesel-Stadtbusse umgerüstet werden sollen. Im nächsten Schritt sollen weitere öffentliche Fahrzeuge wie Müll- oder Krankenwagen umgerüstet werden. Er versprach daher, dass in deutschen Städten bis 2020 die von Dieselaautos verursachten Schadstoff-Grenzwerte eingehalten werden.

Null Toleranz

Horst Seehofer (CSU) präsentierte am Freitagmorgen die Pläne seines Innenministeriums. Die größten Herausforderungen sieht Seehofer hier besonders im Bereich Migration, Sicherheit und Wohnungsbau. Ein Hauptanliegen des neuen Innenministers ist die Verbesserung der Sicherheitslage. Die Terrorgefahr in unserem Land sei weiterhin sehr hoch, warnte Seehofer. Diese zu senken ist eine zentrale Herausforderung der neuen Bundesregierung. So sagte Seehofer wörtlich: „Sicherheit ist ein Menschenrecht, und dafür setze ich mich jeden Tag ein.“ Der CSU-Innenminister kündigte zudem ein härteres Durchgreifen gegen Kriminalität und Extremismus an. Rechtfreie Räume werde Seehofer



nicht dulden. Bei Regelverletzungen und Gesetzesbrüchen gilt für Seehofer: „Null Toleranz.“ Konkret will Seehofer ein Musterpolizeigesetz auf den Weg bringen und die Länderbehörden dazu anregen, ihre Regelungen zu vereinheitlichen. Moderne Videotechnik, welche unter anderem die Gesichtserkennung ermöglicht, solle ausgebaut werden, sagte Seehofer. Er bekräftigte auch sein Eintreten für Grenzkontrollen an der deutschen Grenze, solange die Außengrenzen der Europäischen Union nicht gesichert seien.

Bundeswehr

Deutschland kommt seiner sicherheitspolitischen Verantwortung nach



© picture alliance / dpa

Die Einsätze in Afghanistan und im Irak gelten als die wichtigsten der Bundeswehr. Mit den Stimmen der CSU weitete der Bundestag beide Missionen aus.



Deutschland übernimmt Verantwortung

Der Bundestag hat am Donnerstag die Ausweitung zwei der größten und wichtigsten Mandate der Bundeswehr beschlossen. Auch die CSU im Bundestag unterstützt die Kontingentaufstockung in Afghanistan und die Ausweitung der Ausbildungsmission im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat im Irak. Deutschland kommt hiermit seiner Verantwortung für die Region nach.

Der Einsatz im Irak wird ausgeweitet

In der Vergangenheit galt die deutsche Unterstützung vor allem den kurdischen Peschmerga-Einheiten im Nordirak, nun soll die Bundeswehr auch die irakische Zentralregierung unterstützen und Soldaten der irakischen Streitkräfte ausbilden. Auch die Aufklärungsflüge, der in Jordanien stationierten Flugzeuge der Luftwaffe, gegen den Islamischen Staat, sollen fortgesetzt werden. Florian Hahn, der außen- und sicherheitspolitische Sprecher der CSU im Bundestag, verwies in seiner Rede auf vergangene Erfolge der Bundeswehr im Land, welche Ansporn seien, sich auch weiterhin für die Menschen vor Ort und einen geeinten Irak einzusetzen.

Mehr Soldaten am Hindukusch

Der Bundestag beschloss am Donnerstag zudem eine Entsendung von zusätzlichen deutschen Soldaten nach Afghanistan und eine erweiterte Beteiligung an der NATO-Ausbildungsmission am Hindukusch. Die Aufstockung ist notwendig, um den Schutz der deutschen Ausbilder und Berater im Land zu gewährleisten. Die Mandatsobergrenze wird wegen der schwierigen Sicherheitslage am Hindukusch deshalb von bislang 980 Soldaten auf 1300 Soldaten im Einsatz angehoben. Der Redner der CSU in der Debatte, Dr. Wolfgang Stefinger, erklärte hierzu: „Wir wollen alles daransetzen, damit das Land eine Zukunft hat.“

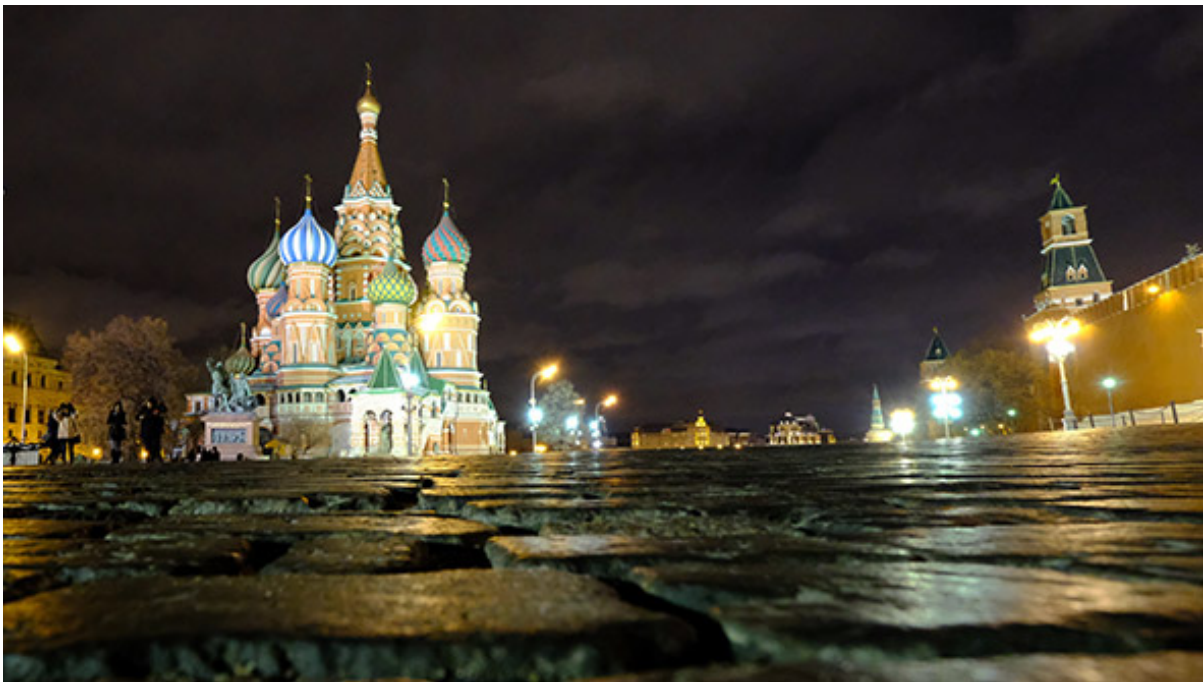
Die Sicherung der Südflanke

Die Abgeordneten der Koalition stimmten zudem über die UN-Friedensmissionen im Südsudan und im Sudan sowie über die NATO-Operation „Sea Guardian“ ab. Im Zuge dieser Marinemission sollen Waffenschmuggel und Terrorismus im Mittelmeer eingedämmt werden. Verdächtige Schiffe können gestoppt und kontrolliert werden. Damit trägt unsere Marine grundlegend zur Sicherheit im Mittelmeer bei und stärkt die maritimen Südflanke Europas.



Interview

Dobrindt: „Russland stellt Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf die Probe“



© picture alliance / Bernd Weißbrod / dpa

Nach Putins Wiederwahl hofft Alexander Dobrindt auf eine konstruktivere Haltung des Kreml. Deutschland müsse für eine Deeskalation bereit ein, so der CSU-Landesgruppenchef. Einen Boykott der Fußball-WM lehnt Dobrindt ab.

Wladimir Putin ist bis 2024 Präsident Russlands. Brauchen wir eine neue Russlandpolitik?

Das Wahlergebnis ist keine Überraschung. Die Wahlbeteiligung lässt aber, trotz der gemeldeten Unregelmäßigkeiten, auf einen tatsächlichen Rückhalt für Präsident Putinschließen. Spannend ist jetzt, ob und wie Putin seine Regierung umbildet. Kommen Reformen oder Hardliner? Man kann nur hoffen, dass wir nun, nach der Wahl und im Vorfeld der Fußball-WM, seitens Russlands eine konstruktivere Haltung erleben.

Falls sich ein „window of opportunity“ für eine Deeskalation öffnet, muss Deutschland bereit sein, so ein Fenster zu nutzen. Wir können jetzt nicht sechs Jahre auf Tauchstation



gehen oder, schlimmer noch, auf totalen Konfrontationskurs. Kriegsrhetorik hilft hier auch nicht weiter.

Wir haben zu Russland bisher zwei Haltungen in der Regierung gesehen. Die eine, zuletzt formuliert durch Ex-Außenminister Sigmar Gabriel, lautet: Wir müssen mit Russland reden, wir dürfen uns nicht veraltetem Blockdenken hingeben. Die andere Haltung, formuliert durch seinen Nachfolger Heiko Maas, lautet: Russland testet die Geschlossenheit des Westens, dieser muss als Einheit auftreten. Auf welcher Seite findet sich die CSU wieder?

Wir brauchen eine differenzierte Strategie. Unrecht muss sanktioniert werden. Die Annexion der Krim ist nicht wegzudiskutieren und bleibt klar völkerrechtswidrig. Gleichzeitig müssen Gesprächskanäle offenbleiben. Deutschland muss als konstruktiver Wortführer vorgehen und Chancen nutzen, solche Kanäle zu öffnen und zu pflegen.

Ziel muss es sein, das Verhältnis zu Russland wieder verbessern zu können. Dazu braucht es eigene Stärke. Wir müssen zum Beispiel die materielle Ausstattung der Bundeswehr verbessern und unsere eigene kritische Infrastruktur wirkungsvoll schützen – dazu gehören natürlich auch die Grundpfeiler unserer Demokratie. Dennoch braucht es seitens Russlands überhaupt erst eine Bereitschaft für eine konstruktive Zusammenarbeit.

Die es derzeit nicht zu geben scheint – siehe den Chemiewaffenanschlag auf den Ex-Agenten Sergej Skripal, die Präsentation neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen entgegen dem INF-Vertrag von 1987 oder die Cyberattacken auf deutsche Institutionen. Mit welchen Zielen kann man Gespräche mit Russland führen?

Richtig ist, dass Russland unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf eine harte Probe stellt. Was die Skripal-Affäre angeht, so gilt ganz klar, dass Großbritannien unsere volle Unterstützung hat. Beide Seiten sind aber gut beraten, die Eskalationsschraube nicht zu überdrehen.

Mit welchem konkreten Ziel? Im Juni 2016 postete die CSU auf Facebook: „Die Sanktionen gegen Russland müssen endlich abgebaut werden. Sie schaden nicht nur der russischen, sondern auch der deutschen und der bayerischen Wirtschaft. Blockdenken ist nicht mehr zeitgemäß.“ Ist das eine zeitgemäße Position?

Ob Wirtschaftssanktionen im gedachten Maße überhaupt wirkungsvoll sind, bleibt umstritten. Deshalb werbe ich für eine differenzierte Haltung. Wir müssen Entschlossenheit auch mittels gezielter Sanktionen zeigen. Andererseits darf es aber nicht zu einem Ende der Zusammenarbeit mit Russland kommen.

Könnten weitere Aktionen wie der Anschlag auf Skripal das Projekt Nord Stream 2 gefährden, die neue Pipeline, die Gas direkt von Russland nach Deutschland transportiert?



Der finale Beweis für die Urheberschaft dieses schrecklichen Angriffs steht noch aus, auch wenn die Indizien eine klare Sprache sprechen. Es wäre wünschenswert, wenn von russischer Seite volle Kooperation zur Aufklärung angeboten würde. Bisher kann man diese Kooperation nicht erkennen. Das führt zu einer weiteren Verschärfung der Lage.

Brauchen wir deshalb ein deutliches Zeichen des Westens – zum Beispiel den Boykott der Fußball-WM?

Ein Boykott der Fußballweltmeisterschaft würde dem Ansinnen, auch in schwierigen Lagen Gesprächskanäle offenzulassen, sehr entgegenwirken. Meine Hoffnung liegt eher darauf, dass die russische Seite gerade im Rahmen einer Fußball-WM um die Wirkung und Sichtbarkeit ihres Handelns weiß und sich konstruktiver verhält.

Impressum

Herausgeber: Florian Ossner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: florian.ossner@bundestag.de

Fax: 030 / 227 76 999